

Der Stadtrat Dingolfing erlässt auf Grund des Art. 23 Satz 1 der Gemeindeordnung vom 25.01.1952 (BauBS I S. 461) und des Art. 52 Abs. 3 des Bayer. Straßen- und Wegegesetzes vom 11.07.1958 (GVBl. S 147) folgende

Satzung

über die Straßenbenennung und Hausnummerierung

Geändert durch Satzung vom 13.05.1965

A. Straßennamen- und -beschilderung

- § 1 Die Namen der Straßenzüge werden vom Stadtrat bestimmt.
- § 2 Die Straßen- und Straßenhinweisschilder werden auf Kosten der Stadt beschafft, angebracht und unterhalten.
- § 3 Die Grundstückseigentümer und die sonst an einem Grundstück dinglich zur Nutzung Berechtigten, sowie deren bevollmächtigte Vertreter müssen dulden, dass an ihren Häusern oder auf ihren Grundstücken Straßen- oder Straßenhinweisschilder angebracht oder aufgestellt werden.

B. Hausnummerierung

- § 4 Bebaute Grundstücke sind nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen von den Verpflichteten mit der von der Gemeinde zugeteilten Hausnummer örtlich zu kennzeichnen.
- § 5 (1) Die Verpflichtung nach § 4 trifft
- a) den Grundstückseigentümer und den Eigenbesitzer (§ 872 BGB)
 - b) jeden, der sonst an einem Grundstück dinglich zur Benützung berechtigt ist, insbesondere den Erbbauberechtigten und den Nutz-Nießbraucher,
 - c) bei der Vermietung oder Verpachtung eines ganzen Grundstücks den Mieter oder Pächter.
- (2) Als Eigentümer gilt, wer als solcher im Grundbuch eingetragen ist. Wenn Miteigentum besteht, ist jeder Miteigentümer verpflichtet.

(3) Ist ein nach Abs. 1 b) Verantwortlicher vorhanden, so trifft die Verantwortung den Grundstückseigentümer oder Eigenbesitzer nicht. Im übrigen ist dann, wenn mehrere Personen verpflichtet sind, jeder verantwortlich.

§ 6 (1) Hausnummern werden auf Antrag zugeteilt, wenn das Gebäude im Rohbau hergestellt ist. Wird ein Antrag nicht spätestens bis zu Bezugsfertigkeit des Bauwerkes gestellt, so wird die Stadt eine Hausnummer von Amts wegen zuteilen.

(2) Für Grundstücke mit geringfügigen Bauwerken, die ausschließlich anderen als Wohnzweck dienen, oder für einzelne solcher Bauwerke werden Hausnummern nur zugeteilt, wenn für die Postzustellung oder sonstwie ein öffentliches Interesse oder Bedürfnis besteht.

(3) Andere Verfahren, vor allem die der Bau-, Feuer- und Wohnungsaufsicht, werden durch die Zuteilung einer Hausnummer nicht berührt.

§ 7 (1) Liegen Gebäude nicht unmittelbar an der Straße oder befinden sich Hauseingänge rückwärts, so kann dem Verpflichteten zur Auflage gemacht werden, an geeigneter Stelle oder nächst der Straße auf seine Kosten ein Hinweisschild aufzustellen oder anbringen zu lassen.

(2) Ist es zur Anbringung oder Aufstellung eines derartigen Hinweisschildes notwendig, ein fremdes Grundstück zu benützen, so muss der Eigentümer bzw. dinglich Berechtigte des fremden Gebäudes oder Grundstückes dies dulden.

§ 8 (1) Im Interesse einer einheitlichen Ausgestaltung der Hausnummerierung ist das vom Stadtrat als Muster beschlossene Nummernschild mit Straßennamen zu verwenden.

Abweichungen von diesem Muster in besonders gelagerten Fällen bedürfen der Genehmigung des Stadtrates.

(2) Die Beschaffung der Hausnummernschilder erfolgt durch die Stadt gegen Erstattung der Kosten durch den Verpflichteten.

§ 9 (1) Das Nummernschild muss an der Straßenseite des Gebäudes über oder unmittelbar neben dem Hauseingang angebracht werden. Befindet sich der Hauseingang nicht an der Straßenseite, so hat die Anbringung des Nummernschildes an der dem Hauseingang nächstliegenden Ecke des Gebäudes nach der Straßenseite hin zu geschehen. Das Hausnummernschild darf nicht höher als 2,20 m über dem Boden angebracht werden.

(2) Die Schilder müssen von der Straße aus deutlich sichtbar sein. Die Sichtbarkeit darf insbesondere nicht durch Bäume, Sträucher, Vorbauten, Schilder behindert werden.

(3) Bei einem Vorgarten ist das Hausnummernschild am Eingang des Vorgartens zweckentsprechend anzubringen, sofern es am Haus selbst nicht gut sichtbar angebracht werden kann.

§ 10 Die Hausnummern- und Hinweisschilder müssen stets in gutem Zustand erhalten werden. Schwer leserlich oder unleserlich gewordene Schilder sind zu erneuern.

C. Zwangsmaßnahmen

§ 11 Handelt der Verpflichtete den Bestimmungen dieser Satzung zuwider, so kann der Stadtrat nach vorheriger schriftlicher Androhung und nach Ablauf einer Frist von 2 Wochen die erforderlichen Handlungen auf Kosten des säumigen Verpflichteten vornehmen lassen.

§ 12 Diese Satzung tritt am 1. April 1959 in Kraft.

Dingolfing, den 2. Februar 1959

Stadt Dingolfing

gez.

Knoller

1. Bürgermeister